

KOMMUNIKATIONS-
METHODEN UND
REKRUTIERUNGS-
STRATEGIEN IM
LINKSEXTREMISMUS

ÜBERLEGUNGEN ZUR PRÄVENTION
VON LINKSEXTREMISMUS (TEIL 2)

RUDOLF VAN HÜLLEN



Gefördert vom
Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend



*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2012, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Druck: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim.
Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.*

ISBN 978-3-942775-64-9

INHALT

5	VORWORT	
9	1. METHODISCHE VORBEMERKUNGEN, DATENLAGE, FORSCHUNGSSTAND	
15	2. LINKSEXTREMISTISCHE KOMMUNIKATIONS- UND AGITATIONSTECHNIKEN	
18	3. REKRUTIERUNG BEI LINKSEXTREMISTEN	
	3.1 Revolutionäre Marxisten	21
	3.1.1 Der Sonderfall MLPD	22
	3.1.2 Der Fall DKP	23
	3.1.3 „Die Linke“ und ihre Jugendagenturen	23
	3.1.4 Traditionelle Rekrutierungstechniken bei Linksextremisten	26
	3.2 Rekrutierungsmuster im autonomen Spektrum	29
	3.3 Linksextremismusaffine „Projekte“, Bewegungen und Netzwerke	33
38	4. KULTURALISTISCHE VERMITTLUNG VON LINKSEXTREMISTISCHEN INHALTEN	
41	DER AUTOR	
41	ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG	

VORWORT

Eine Demokratie ist wie keine andere Staatsform auf die Akzeptanz und die Teilhabe ihrer Bürger angewiesen. Ihr Wesensmerkmal ist dabei nicht nur die Anerkennung demokratischer Mehrheitsentscheidungen, sondern auch die Toleranz gegenüber politischen Ansichten, die nicht mehrheitsfähig sind. Meinungsfreiheit und Toleranz müssen allerdings dort ihre Grenzen haben, wo sie missbraucht werden, um menschenverachtende Ideologien zu verbreiten die darauf ausgerichtet sind, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung abzuschaffen.

Abgeleitet aus den spezifischen Erfahrungen der Weimarer Republik haben daher die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes neben der Ewigkeitsklausel für wesentliche Grundrechte und Formen des Staatsaufbaus unter dem Begriff der streitbaren Demokratie auch Instrumentarien geschaffen, sich gegen diejenigen zur Wehr setzen zu können, die die Demokratie abschaffen wollen. Dazu zählt unter anderem die Möglichkeit, Parteien- und Vereinigungen zu verbieten, dies kann allerdings nur in Ausnahmefällen geschehen. Die rechtlichen Hürden dafür sind – und das aus gutem Grund – sehr hoch. Um so wichtiger und entscheidender für die Sicherung unserer Demokratie ist es daher, Bürgerinnen und Bürger gegen extremistisches und damit demokratiefeindliches und menschenverachtendes Gedankengut zu immunisieren. Dafür ist die Auseinandersetzung mit allen Formen des Extremismus, ihren Strategien sowie die Aufklärung über ihre Ziele unverzichtbar.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung sieht hierin von Beginn an eine wesentliche Aufgabe ihrer politischen Bildungsarbeit. Die geistige Auseinandersetzung mit totalitären Ideologien als Antipode zur offenen Gesellschaft der repräsentativen parlamentarischen Demokratie in Deutschland ist ein Kernanliegen der KAS seit 1956. Im Kontext der wehrhaften

Demokratie beschäftigt sich die KAS jährlich in rund 80 Veranstaltungen mit den gegenwärtigen Erscheinungsformen des Extremismus und seinen aktuellen Auswirkungen in Deutschland; und zwar in seiner rechten, linken und islamistischen Ausprägung.

Die Konrad-Adenauer Stiftung hat in den vergangenen Jahren eine Reihe von Studien und Publikationen zum Rechtsextremismus vorgelegt. Dank eines vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgelegten Programms zur Linksextremismusprävention konnte sich die Konrad-Adenauer-Stiftung noch intensiver mit dem Phänomen des Linksextremismus befassen, um Präventionsmaßnahmen für die politische Bildungsarbeit zu entwickeln. Dabei sind vielfältige Herausforderungen zu bewältigen.

Eine Herausforderung liegt darin, dass es in der Bundesrepublik einen gesamtgesellschaftlichen Grundkonsens darüber, dass Extremismus jeglicher Couleur eine Gefährdung der Demokratie darstellt, nicht gibt. Was bei der Positionierung gegen Rechtsextremismus selbstverständlich ist, bereitet beim Thema Linksextremismus erhebliche Schwierigkeiten. Die grundsätzlichen Herausforderungen eines Präventionsprojekts gegen Linksextremismus erstrecken sich aber nicht nur darauf, sondern sie liegen auch in der noch unzureichenden sozialwissenschaftlichen Erforschung dieses Phänomens. So sind z. B. bisher weder die Argumentationsschemata noch die Rekrutierungsformen, mit denen Jugendliche für den Linksextremismus gewonnen werden, ausreichend erforscht und bekannt. Auch gibt es bisher nur wenig wissenschaftliche Erkenntnisse darüber, welche Milieus der Linksextremismus anspricht.

Um eine nachhaltige Prävention bei Jugendlichen gegen linksextremistische Ideen und gegen linksextremistisches politisches Handeln zu bewirken ist es notwendig, über den demokratiegefährdenden Charakter des Linksextremismus aufzuklären – wie Linksextremismus sich organisiert, wie er argumentiert, welche Wirkungen er erzielt und welches Staats- und Herrschaftsverständnis ihm zu Grunde liegt.

Ziel unseres Projektes ist es daher auch, einen ersten Beitrag zur Schließung der vorhandenen Forschungslücken zu leisten. Dazu werden nicht nur wissenschaftliche Studien erstellt, die auf unterschiedliche Facetten der Thematik eingehen, sondern auch jugendgerechte Formate für die politische Bildung mit der Zielstellung entwickelt, über Linksextremismus

aufzuklären und die demokratischen Handlungskompetenzen bei Jugendlichen insgesamt zu stärken.

Die vorliegende Veröffentlichung wurde im Rahmen des Projektes erstellt. Sie analysiert anhand ausgewählter Beispiele die Kommunikationsmethoden und Rekrutierungsstrategien im Linksextremismus und liefert wesentliche Erkenntnisse, die insbesondere für die Linksextremismusprävention im Rahmen der politischen Bildung hilfreiche Einblicke liefert.

Wesseling / Wendgräben, im Juni 2012

Dr. Melanie Piepenschneider
Leiterin der Politischen Bildung
der Konrad-Adenauer-Stiftung

Ronny Heine
Projektleiter

1. METHODISCHE VORBEMERKUNGEN, DATENLAGE, FORSCHUNGSSTAND

Rekrutierung beginnt mit Kommunikation. Sie wird demnach regelmäßig dann scheitern, wenn die ausgesendete Botschaft den Empfänger nicht erreicht, von diesem nicht verstanden wird oder ihn nicht anspricht. Als missionierende Bewegung mit der Überzeugung, zur Rettung der Welt berufen zu sein, haben Linksextremisten seit jeher besonderen Wert auf Kommunikation gelegt. Im marxistisch-leninistischen Jargon wird sie als „Agit/Prop“, Agitation und Propaganda, bezeichnet.¹ Kommunikation in diesem Verständnis schließt eine aktivierende und organisierende Dimension ein: Sie analysiert die „Klassenlage“, vermittelt Ziele, motiviert zum Handeln, definiert die dazu vorgegebene „Linie“ und dient gleichzeitig zur Rechtfertigung der Ergebnisse.²

Um dieses Grundverständnis unter modernen Verhältnissen durchzuhalten, müssten die linksextremistischen Kommunikations- und Rekrutierungsstrategien auf die Zielgruppen abgestimmt sein, also deren Kommunikationsgewohnheiten berücksichtigen. Dabei wiederum ist zu beachten, dass sich das Medienverhalten nachgerade in den jüngeren Alterskohorten durch technische Entwicklungen rasch ändert.

Das bedeutsamste Werkzeug dieser Veränderung ist das Internet. Nach neueren Erhebungen beträgt die durchschnittliche tägliche Internet-Nutzung in der Altersgruppe

der 12- bis 19-Jährigen 138 Minuten.³ Dieses Zeitfenster teilen sich zwar Kommunikation, Unterhaltung, Spiele und Information, doch ist das Internet samt seinen unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten als Tool für die politische Kommunikation offensichtlich nicht mehr wegzudenken. Fraglich ist allerdings, ob sich nur die Techniken oder auch die Inhalte von Kommunikation geändert haben. Wer die eingeführte Tagespresse oder politische Magazine neuerdings online und nicht mehr als Papierversion liest, hat seine Informationsgewohnheiten nur technisch geändert. Jedoch kann unterentwickelte Medienkompetenz dazu führen, dass Internet-Informationsangebote unkritisch für valide gehalten werden, obgleich sie beispielweise einen rechts- oder linksextremistischen Hintergrund haben. Noch völlig offen ist, inwieweit extremistische Strömungen interaktive Netzwerke wie Facebook, Schüler-VZ oder Studi-VZ für sich nutzen können. Von rechtsextremistischer Seite gab es bereits Anfang 2010 die Weisung, sich in solche Netzwerke einzuschalten, dabei aber nicht sogleich rechtsextremistische Themen in den Vordergrund zu stellen.⁴ Ein solches Verschleiерungsbedürfnis ergibt sich bei Rechtsextremisten aus ihrer gesellschaftlichen Ächtung und der teilweisen Strafbarkeit der von ihnen verbreiteten politischen Inhalte. Man kann nicht ohne weiteres davon ausgehen, dass Linksextremisten zu ähnlichem Vorgehen Anlass sehen. Mangels gesicherter Erkenntnisse über die *Wirkungen* der Nutzung von Neuen Medien durch Linksextremisten bleibt daher zunächst nur, den Umfang ihres *Angebotes* festzustellen.⁵

Hinsichtlich der konkreten Rekrutierungsmethoden ist die Forschungslage nicht erfreulicher.

Angesichts der nach 1990 plötzlich erfolgten durch schwerste Gewalttaten gekennzeichneten Ausbreitung des Rechtsextremismus hat sich die wissenschaftliche Forschung im Zeitraum seit der deutschen Einheit praktisch ausschließlich auf die Erforschung von Einstiegsprozessen in den Rechtsextremismus konzentriert. Auf diesem Feld konnten angesichts der offen liegenden Biographien insbesondere inhaftierter rechtsextremistischer Gewalttäter recht gesicherte Erkenntnisse gewonnen werden. Dennoch weisen Forscher darauf hin, dass jenseits der Einstiegs- und Rekrutierungsprozesse in die subkulturelle, stark gewaltorientierte rechtsextreme Szene die Zusammenhänge zwischen „softer“ NPD-Agitation und rechtsextremer Politisierung keineswegs als vergleichbar gesichert angesehen werden können.⁶

Auf einen solchen Forschungsstand oder auf Erfahrungsberichte von Aussteigern kann beim Linksextremismus nicht zurückgegriffen werden. Eine systematische empirische Erforschung von Rekrutierungs- und Einstiegsprozessen existiert nicht. Aussteiger gibt es zwar auch im Linksextremismus⁷ gerade seit 1989 zuhauf; charakteristisch für sie ist jedoch, dass sie schweigen.⁸ Auf Zielgruppen außerhalb des traditionellen parteikommunistischen Spektrums – vor allem auf gewaltorientierte bzw. terroristische Biografien – richteten sich analytische Anstrengungen seit Beginn der 1970er Jahre. Diese auf die Phänomene des deutschen linksextremistischen Terrorismus bezogenen Ergebnisse sind veraltet. Sie sind allenfalls noch für die Einsicht von Interesse, dass die Organisation in terroristischen Organisationen nicht ohne entsprechende Radikalisierungsprozesse gedacht werden kann. An dessen Beginn können präventive Maßnahmen noch sinnvoll sein.⁹

Für die gravierenden empirischen Defizite gibt es mehrere Gründe: Erstens fehlten zur Erhebung auch nur qualitativer Daten wichtige Voraussetzungen: Linksextremistische Straftäter werden selten ermittelt oder angeklagt, noch seltener rechtskräftig verurteilt. Zweitens sind sie selbst dann praktisch generell nicht auskunftsbereit. Und zum Dritten bestand aus unterschiedlichen Gründen keine Nachfrage nach Untersuchungen zu milieutheoretischen Hintergründen von Linksextremisten¹⁰: Ein Teil der politischen, administrativen und vor allem publizistischen Eliten in Deutschland hat solche Biografien entweder selber durchlaufen oder sieht ihre Wiederholung beim eigenen Nachwuchs mit Nachsicht. Das Interesse an der systematischen Erforschung entsprechender Kausalitätsketten und Zusammenhänge war daher eher schwach ausgeprägt.¹¹

Eine kritische Reflexion der menschenfeindlichen Implikationen linksextremistischer Denkmuster fand in Deutschland eher selten statt. Sie erstreckte sich oft ausschließlich auf das unmittelbare Gewalthandeln kommunistischer Apparate, wie das des Ministeriums für Staatssicherheit – also auf Verhaltensformen, die in erster Linie mit der Tradition deutschen rechtsstaatlichen Denkens kollidieren.

Die moralische Ächtung des dahinter stehenden sozialrevolutionären Gedankenguts hat dagegen weitgehend gefehlt. Wie in Frankreich gibt es auch in Deutschland keinen gesellschaftlichen Konsens zur Geschichte des Kommunismus als Verbrechensgeschichte.¹² Entsprechende quanti-

tativ-empirische Erhebungen sind daher unabdingbar, um zumindest einen Teil jener Lücke zu schließen, die ein Präventionsprojekt zwar nicht unmöglich macht, es aber stärker als nötig schon in seiner grundlegenden Konzeption mit dem Problem vorläufiger Hypothesen belastet.

Die schwache Datenlage und der unterentwickelte Forschungsstand lassen zwei methodische Vorgehensweisen unvermeidbar erscheinen. Zum einen muss auf die reichhaltigen Erkenntnisse aus der Präventionsarbeit gegen den Rechtsextremismus zurückgegriffen werden, soweit sie nach gründlicher Prüfung anwendbar sind. Zum zweiten wird man auf noch nicht durch empirische Erhebungen abgesicherte Erfahrungswerte und eher hermeneutisch erlangtes Wissen zurückgreifen müssen. Sie ergeben sich aus verständiger Interpretation des Verhaltens und – soweit vorhanden und zugänglich – schriftlicher und mündlicher Bekundungen der Akteure des Linksextremismus. Nicht immer lassen sie sich in Quellen und Literatur nachweisen. Für den kritischen und an strenge wissenschaftliche Standards gewohnten Leser mag es deshalb bisweilen so erscheinen, als würden ungeprüfte und unüberprüfbare Behauptungen als abgesicherte Erkenntnisse dargestellt. Tatsächlich handelt es sich bei vielen Aussagen im folgenden Text auch eher um Arbeitshypothesen, die zur weiteren Überprüfung einladen. Unvermeidbar ist das Beschriebene angesichts der gravierenden Forschungslücken zudem unvollständig; insbesondere können nicht alle Aspekte der Rekrutierungsstrategien, sondern nur die herkömmlich halbwegs bekannten, behandelt werden.

Inwieweit eine Bündelung interdisziplinärer Annäherungen aus soziologischer, politologischer und pädagogischer Sicht diese ungünstige Ausgangslage kompensieren kann, wird sich im Prozess zeigen.

Methodisch ist im Übrigen ein weiterer ungeklärter Aspekt zu berücksichtigen: Man kann zwar Erkenntnisse über die angewandten Rekrutierungsmethoden von Linksextremisten gewinnen, Aufschlüsse zu deren Erfolg bieten aber allenfalls einzelne extremistische Biografien – sofern sie überhaupt zugänglich gemacht werden.¹³ Mit anderen Worten: Es gibt kein zuverlässiges Wissen darüber, inwieweit die angewandten Rekrutierungsmethoden überhaupt zum Erfolg führen.

- 1] *In marxistisch-leninistischer Begrifflichkeit bedeutet Agitation die populäre, verständliche und einfache Vermittlung kommunistischer Politik an die „Massen“. Propaganda ist die „systematische Verbreitung und gründliche Erläuterung politischer, philosophischer, ökonomischer, historischer, naturwissenschaftlicher, technischer u. a. wissenschaftlicher Lehren und Ideen“ (Kleines politisches Wörterbuch, Berlin/Ost 1988, S.795). Im kommunistischen Sprachgebrauch haben beide Begriffe demnach anders als in der Alltagssprache keinen abwertenden Bedeutungsgehalt.*
- 2] *Diese Verständnis kommt im Pressekonzept Lenins zum Ausdruck, nach dem das Zentralorgan nicht nur ein „kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator“ sein sollte (Lenin, Womit beginnen?, in: Werke, Bd. 5, S.1-13).*
- 3] *Daten aus der sogenannten JIM-Studie 2010 des Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest, hier zit. nach Uwe Hasenbrink/Claudia Lampert, Kinder und Jugendliche im Web 2.0 – Befunde, Chancen und Risiken, in: ApuZ 3/2011, S.3-10, hier S. 4.*
- 4] *Ministerium des Innern und für Kommunales Nordrhein-Westfalen, Bericht der Landesregierung über Maßnahmen zur Prävention des Extremismus in Nordrhein-Westfalen, S.3.*
- 5] *Soweit die betreffenden Websites Zugriffszahlen auswerfen, lässt dies zumindest sehr grobe Rückschlüsse auf ein Interesse am Angebot zu. Dieses muss natürlich nicht Zustimmung bedeuten, sondern kann auch von politischen Gegnern oder von Sicherheitsbehörden ausgehen.*
- 6] *So Andreas Klärner, Versuch und Scheitern einer taktischen Zivilisierung der extremen Rechten – Der Konflikt zwischen NPD, „freien Kameradschaften“ und „Autonomen Nationalisten“, in: Schwarze Blöcke rechts und links. Autonome Extremisten auf Gewaltkurs, Tagungsband einer Veranstaltung am 24. Juni 2010 des Verfassungsschutzes im Land Brandenburg, Potsdam 2011, S. 36-52, bes. S. 40 ff.*
- 7] *Die ältere „Renegatenliteratur“ (Arthur Koestler, Ralph Giordano, Hermann Weber z. B.) bezieht sich zumeist auf den Hochstalinismus und kann hier unberücksichtigt bleiben.*
- 8] *In Zeitschriften der DKP-„Erneuerer“ gab es seit 1989 bisweilen Schilderungen zu Ausstiegsmotiven; allerdings haben sich die meisten Akteure aus diesem Spektrum entweder still zurückgezogen oder sich – in kleinerer Zahl – der damaligen PDS angeschlossen. Unter den bekennenden Aussteigern findet sich der früherer DKP-Parteipolit Peter Schütt (vor allem mit seinem Buch „Mein letztes Gefecht – Abschied und Beichte eines Genossen“, Böblingen 1992 sowie mit diversen Veröffentlichungen in der Tagespresse und einer Expertise für den Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages) und der SDAJ-Funktionär Wilfried Reckert, Kommunismus-Erfahrung. Zwanzig Jahre als DKP-Funktionär. Analytische Reflexionen, Berlin 2006. Auf die zahllosen Bücher des ehemaligen KBW-Funktionärs Gerd Koenen (besonders: „Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution“, Köln 2001) muss nicht extra hingewiesen werden.*
- 9] *Für einen Überblick über solche Prozesse zu allen extremistischen Milieus die Beiträge eines Tagungsbandes: Bundesamt für Verfassungsschutz, Radikalisierungsprozesse und extremistische Milieus, Köln 2005.*
- 10] *Dass hier ein Defizit existiert, belegt der enorme Verkaufserfolg zweier eher essayistischer Bücher zum Thema: Richard David Precht, Lenin kam nur bis Lüdenscheid, Berlin 2005, und Jan Fleischhauer, Unter Linken, Reinbek 2009.*
- 11] *Bei dieser Feststellung handelt es sich keineswegs um eine politische Bösartigkeit, sondern um einen Umstand, der gegebenenfalls an Dutzenden von Fällen nachweisbar wäre. Darauf soll verzichtet werden, weil die Personalisierung dem Anliegen nicht weiterhilft.*

- 12| Die Rezeption des „Schwarzbuchs des Kommunismus“ löste in Deutschland ein geteiltes Echo aus. und offene Apologeten kommunistischer Verbrechen hatten es nicht allzu schwer, das in Frankreich geradezu einen Kulturschock auslösende Werk in Deutschland zu relativieren.
- 13| Das ist – abgesehen von dem bei Linksextremisten eher weniger begehbaren Weg einer Einsicht in Strafakten und Verfahrenunterlagen – in erster Linie über politische Autobiographien von „etablierten“ Linksextremisten möglich.

2. LINKSEXTREMISTISCHE KOMMUNIKATIONS- UND AGITATIONSTECHNIKEN

Für politische Formationen mit missionierendem Selbstverständnis stellt die Verbreitung einer selbstgeschaffenen „Wahrheit“, welche der abgelehnten Wirklichkeit gegenüber gestellt wird, eine zentrale Aufgabe dar. „Agitation und Propaganda“, kurz „Agit/Prop“, hat nichts mit dem gemeinsam, was man in pluralistischen Gesellschaften unter seriöser Information und Meinungsbildung versteht. Politische Kommunikation von Linksextremisten ist nicht durchgängig auf die um Objektivität bemühte Darstellung von Sachverhalten gerichtet, sondern orientiert sich hauptsächlich an der Nützlichkeit für die eigenen politischen Ziele: Sie ist gleichermaßen parteilich wie parteiisch. In diesem Sinne soll sie erstens eine Totalverwerfung der bestehenden Ordnung befördern und zweitens eigene Ziele und Visionen uneingeschränkt positiv darstellen und das politische Handeln auf dem Weg zu ihnen (die „Linie“ oder auch „Generallinie“) rechtfertigen. Soweit dafür erforderlich, hat sie also die Aufgabe der Täuschung. Und in dieser Rolle versorgt sie nicht nur Außenstehende gezielt mit falschen Informationen, sondern auch die eigenen Anhänger, von denen sie allerdings unterstellt, dass sie die instrumentelle Funktion der Botschaften kennen und entsprechend interpretieren. Linksextremistische Agit/Prop hat dabei feste Muster entwickelt, die man identifizieren und dechiffrieren kann.

Zu diesen Techniken zählen:

- Semantische Mimikry: Sie ist Linksextremisten mindestens geläufig, seit das Bundesverfassungsgericht die offen revolutionäre Sprache der KPD 1956 als einen der Gründe für das Verbot der Partei heranzog.¹ Seither heißt beispielsweise die „Diktatur des Proletariats“ „politische Macht der Arbeiterklasse“.² Auch die Sprachregelung für die Grenzsperranlagen der DDR als „Antifaschistischer Schutzwall“ gehört in diese Kategorie.
- Die semantische Weichzeichnung bedenklicher Sachverhalte und Praktiken, wenn z. B. gewaltbereite Autonome als „jugendliche Antifaschisten“ bezeichnet werden oder das Anzünden von PKW ironisch als „Auslüften und Tieferlegen“ verfremdet wird.
- Selektive Wahrnehmungen und maßstablose Vergleiche dienen dazu, Sachverhalte, die in ihrer Dimension nach redlichen Maßstäben kaum vergleichbar sind, zu nivellieren und wo möglich gleich zu setzen. Ein Beispiel dafür ist die Verharmlosung des Schießbefehls an der innerdeutschen Grenze durch den Hinweis, dass auch die Grenzsicherungseinheiten anderer Staaten im Zweifel von der Schusswaffe Gebrauch machten, was Ausdruck ihrer staatlichen Souveränität und somit völkerrechtlich unbedenklich sei. Das „Argument“ übersieht, dass westliche Demokratien ausreisewillige Bürger natürlich ziehen lassen, während die DDR ihnen in den Rücken schoss.
- Strategie der normativen Überforderung: Dieses Verfahren legt Freiheits- und Gleichheitsgewährleistungen derart exzessiv aus, dass ihre durch die tatsächlich normierte Reichweite ebenso wie durch kollidierende Freiheitsrechte gebotenen Schranken ignoriert werden. Damit scheitern die angeblichen Versprechungen des bekämpften Systems notwendig an der Wirklichkeit, woraus wiederum die Totalablehnung der bestehenden Ordnung abgeleitet wird.
- Mentaler Interpretationsvorbehalt: Dabei werden mindestens in der demokratischen Linken positiv besetzte Begriffe wie „Sozialismus“ oder „Antifaschismus“ verwendet, aber stillschweigend mit einem anderen Bedeutungsgehalt unterlegt. Verstehen Sozialdemokraten unter „Sozialismus“ in erster Linie stärkere gesellschaftliche und politische Eingriffe in die Wirtschaft, so gilt Linksextremisten der Begriff als Synonym für ein nicht-demokratisches politisches System. „Antifaschismus“ kann

man demokratisch auslegen als bürgerschaftliches und humanistisches Engagement gegen Rechtsextremismus, aber in marxistisch-leninistischer und in autonomer Auslegung ist er gleichbedeutend mit der Zerstörung des demokratischen Verfassungsstaates.³

- Dialektisches Argumentieren ermöglicht – mittels der drei Hauptsätze des „Dialektischen Materialismus“ bei geschickter Handhabung des Instrumentariums – Widersprüche in der eigenen Argumentation wegzudefinieren und dem Gegenüber notfalls buchstäblich ein X für ein U vorzumachen. Der Lehrsatz von der „unauflösbaren gegenseitigen Bedingtheit der Dinge“ kann klare Kausalitäten und Verantwortungen leugnen: Die Diktatur der SED ist dann beispielsweise nicht das Werk ihrer Akteure, sondern eine (zwangsläufige) Folge der damaligen weltpolitischen Konfliktlage „in ihrer gegenseitigen allseitigen Bedingtheit“. Der Lehrsatz von der „ständigen Bewegung der Materie“ kann zur Abwehr der Kritik an einem Faktum dergestalt herangezogen werden, dass es sich ja in einem ständigen Entwicklungsprozess befinde. Daran knüpft die Vorstellung an, dass „Dinge nicht automatisch mit ihrem äußeren Erscheinungsbild identisch“ sein müssten, vielmehr „Form und Inhalt auseinander treten“ könnten. Dann ist eben eine Diktatur nicht, was sie nach ihrer Form zu sein scheint, sondern vielmehr nach ihrem Inhalt ein System perfekter Demokratie.

Die angeführten Beispiele erfassen linksextremistische Agitationstechniken nicht abschließend, auch treten sie bisweilen in Kombination auf.

1| Urteil vom 17. August 1956, BVerfGE 5, 85 ff.

2| Zum Beispiel bei der DKP: Thesen des Düsseldorfer Parteitages 1971, These 9, oder Mannheimer Programm der DKP 1978, Ziff. IV.

3| Für die Umdeutungsmechanismen des „verordneten Antifaschismus“ und seinen westdeutschen (DKP-)Ablegern vgl. Bettina Blank, Die VVN-BdA und das Grundgesetz, in: Uwe Backes / Alexander Gallus / Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie Bd. 22 (2010), Baden-Baden 2011, S. 165-175. Die autonome Auslegung ist aus den Bekundungen autonomer Antifa-Gruppen leicht ablesbar, wie sie Jahr für Jahr in den Verfassungsschutzberichten zitiert werden, zuletzt Verfassungsschutzbericht 2010, Berlin 2011, S. 193, 196.

3. REKRUTIERUNG BEI LINKSEXTREMISTEN

Die Grundannahme, dass linksextremistische Organisationen überhaupt an einer Rekrutierung junger Menschen interessiert sind, soll zunächst kurz untermauert werden.

Zunächst steht jede politische „Bewegung“ gewissermaßen zwangsläufig vor der Herausforderung, „die Massen“ für ihre Sache zu gewinnen. Der positive Bezug auf „die Massen“ ergibt sich insbesondere für Linksextremisten nicht nur aus ihrem im Grundsatz ideengeschichtlich „demokratischen“ Selbstverständnis, sondern – besonders für die kommunistische Bewegung – auch daraus, dass sie in einer Epoche starken Bevölkerungswachstums zur Wirkung kam. Das Idealbild von „den Massen“ unterscheidet sich innerhalb der beiden ideologischen Großfamilien des Linksextremismus allerdings beträchtlich: Die Kommunisten wollten sie nach dem Vorbild der Massenheere des Ersten Weltkrieges und der fordistisch organisierten Fabrik zu disziplinierten, im Gleichschritt marschierenden (oder demonstrierenden) „Bataillonen der Arbeiterklasse“ formieren. Den Anarchisten gefiel Massenhaftigkeit als Ausdruck von Vitalität und Stärke, allerdings verband sich damit für sie eher das Bild eines revoltierenden, plündernden und randalierenden Mobs – in der heutigen Autonomen-Sprache, eine „laute, bunte und phantasievolle Demo“.

Linksextremistische Organisationen reklamieren für sich die in die Zukunft gerichtete „Missionsaufgabe“, eine „neue Welt“ zu schaffen, die auch anders als bisher sozialisierte „neue“ Menschen voraussetzt.¹ Es liegt nahe, dass solche Erziehungsansprüche gegenüber der Bevölkerung dann den nachhaltigsten Erfolg haben werden, wenn sie bei jungen Menschen ansetzen. Hinzu kommt, dass junge Menschen nicht in gleichem Maße wie ältere Generationen „unerwünschte“ Sozialisierungselemente in sich tragen. Ihre persönliche „Festplatte“ kann leichter neu „beschrieben“ werden als diejenige von Menschen, deren gesellschaftsbedingt „negative“ Vorprägungen erst mühsam „gelöscht“ werden müssen.

Insofern ist der für die „Jugendpolitik“ aller linksextremistischer Organisationen klassisch gewordene Ausspruch Karl Liebknechts „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft“ nachvollziehbar. Unklar ist allerdings, ob dieser Anspruch auch nur in den stärker politisierten Jahrzehnten zwischen 1965 und 1985 eingelöst werden konnte. In der alten Bundesrepublik hat sich beispielsweise die DKP gerne als „Partei der Jugend“ dargestellt. Ihre bis 1989 von der SED unter Verschluss gehaltenen soziologischen Daten zeigen allerdings, dass sie – 1968 „neu konstituiert“ – bereits ab 1975 deutlich zu altern begann.² Um diesen Prozess aufzuhalten, verpflichtete sie ihre als „Kaderreserven“ gehätschelten Jugendorganisationen zu immer aufreibenderen „Mitgliederwettbewerben“, die allerdings nur zwei Dinge zeigten: Erstens schwand die Attraktivität der Partei für junge Leute deutlich dahin und zweitens gelang es ihr nicht, den rekrutierten Nachwuchs dauerhaft an sich zu binden.

Im anarchistischen Spektrum stellt sich dieser Sachverhalt anders dar. Autonome werben nicht für einen Beitritt zu ihren Zusammenschlüssen, sondern fordern allenfalls auf, sich an ihren Aktionen zu beteiligen bzw. selber in ähnlicher Richtung tätig zu werden. Ergibt sich dabei das Interesse eines „Novizen“ an dauerhafterer Mitarbeit in einer autonomen Struktur, so wird der Betreffende erst „gecheckt“ und dann gegebenenfalls durch Einladung zur Mitarbeit akzeptiert (vgl. Ziff. 3.2).

Es gilt noch auf einen weiteren wichtigen Unterschied im diesbezüglichen Verhalten bei revolutionären Marxisten und Anarchisten aufmerksam zu machen:

Bei revolutionären Marxisten bemüht sich direkt die Partei selber oder deren Jugendorganisation als „Kaderreserve“ im „Parteiauftrag“ um einen Zugang zu Jugendlichen. Selbst im letzteren Falle steht die „Erwachsenen“-Organisation hinter dem Werbungsvorgang, sodass dieser aufgesetzt und wenig authentisch wirkt. Nicht selten werden die Vertreter der Jugendorganisation deshalb als fremdbestimmte „Parteisoldaten“ wahrgenommen.³ Solche Wahrnehmungen wurden schon frühzeitig in Präventionsmaßnahmen verarbeitet: Ein jugendgerechtes Buch über die SDAJ schildert eine fiktive Szene bei einem Pfingstcamp der SDAJ 1987:

„Moment mal, wer von euch ist noch nicht Mitglied der DKP? Ich diskutiere mit jedem über die Ziele der Partei in unserem Zelt“, ruft ein älterer Mann mit zugeknöpfter brauner Lederjacke, so eine Art Baskenmütze in die Stirn gezogen, den Davonlaufenden nach. „Au Backe, jetzt fängt der wieder mit seinem Werbungsgeseier an“, ereifert sich Max. „Fast jeder SDAJler ist auch DKP-Mitglied, was soll das Geschwätz.““⁴

In vergleichbarer pädagogischer Intention enthält ein aktueller Verfassungsschutzcomic „Voll die Randal“ zur Prävention gegen gewaltbereiten Linksextremismus eine Passage, bei der eine revolutionäre Marxistin in einem autonomen Zentrum ein längeres Referat zu ideologischen Fragen hält und die anwesenden potenziell interessierten jungen Leute damit buchstäblich zum Einschlafen langweilt.⁵

Im autonomen Spektrum hingegen geht die (unaufdringliche und zunächst zu nichts verpflichtende) Ansprache zumeist von einer Peergroup Gleichaltriger aus. Das erscheint nicht fremdbestimmt, nicht instrumentalisiert und bei weitem authentischer als „Fangtechniken“ revolutionärer Marxisten.

Als Zielgruppe, in der Rekrutierungsversuche erfolgreich sein können, rücken bislang zumeist formal höher gebildete Jugendliche ins Blickfeld, also in erster Linie Schüler auf dem Weg zur Hochschulzugangsberechtigung bzw. Studierende. Dieses Bild zieht sich seit der Studentenbewegung 1968 durch die 1970er und 1980er Jahre mit ihren vor allem maoistischen und orthodox-kommunistischen Formationen an den Universitäten. Eine Untersuchung von 1980 zu links eingestelltem politischen Protestpotenzial ordnet ihm folgende Merkmale zu: Seine Anhänger sind

überdurchschnittlich jung, besitzen eine gute Schulbildung, haben relativ häufig Hochschulreife, sind überdurchschnittlich häufig konfessionslos, ledig und zu einem überdurchschnittlich hohen Anteil in der Ausbildung.⁶

Das bedeutet nicht, linksextremistische Organisationen hätten diese soziologische Konstellation ihrer potenziellen Anhänger automatisch begrüßt und akzeptiert: Die DKP pflegte ihr – nach internen Untersuchungen empirisch stetig schwindendes – Image als „Arbeiterpartei“ mit einem „Arbeiterjugendverband“ und verwehrte nicht selten den Kadern aus ihrem – höchst erfolgreichen – Studentenverband eine Parteikarriere. Die MLPD führte sogar mehrfach Kampagnen gegen „Intellektuelle“ und löste ihren „Marxistisch-Leninistischen Bund Intellektueller“ (MLBI) auf. Andere linksextremistische Organisationen akzeptierten hingegen ihre höhere Akzeptanz im akademischen Milieu, wie z. B. die in der „Linken“ aufgegangenen beiden Troztkistenformationen *Voran* und *Linksruck*. Wie man an einzelnen Biographien von „Linken“-Funktionären⁷ nachvollziehen kann, haben sie sich in den 1990er Jahren ganz überwiegend aus ihren Hochschulgruppen rekrutiert.⁸ Die „Linke“ verarbeitete diese Erfahrung durch die Gründung eines eigenen Studierendenverbandes. Selbst in autonomen Gruppen, die teilweise durch deviante und delinquente Jugendliche gebildet werden, gibt es – besonders bei den stärker theoriegeleiteten „antideutschen“ bzw. „antinationalen“ Zusammenschlüssen – einen hohen Anteil an Abiturienten und Studierenden.

Der Befund legt nahe, einen Schwerpunkt der Präventionsbemühungen auf diese Zielgruppe zu konzentrieren.

3.1 REVOLUTIONÄRE MARXISTEN

Das Rekrutierungs- und Werbungsschema revolutionär-marxistischer Gruppen unterscheidet sich gravierend von dem der anarchistischen Konkurrenz. Die Frage ist allerdings, ob es heute noch zeitgemäß ist oder eher Methoden anwendet, die nicht mehr als jugendgerecht gelten können und deshalb auch nur wenig Zuspruch finden.

Revolutionäre Marxisten werben für die Mitgliedschaft in einer auf Dauer angelegten, Verbindlichkeit einfordernden politischen Organisation. Sie verpflichtet Jugendliche, verlangt regelmäßige Aktivität, die Beachtung von (oftmals durchaus bürokratischen) Prozeduren.⁹ Wie man an den Schwierigkeiten der Jugendorganisationen demokratischer Parteien,

aber auch anderer politischer oder freizeitorientierter förmlich verfasster Vereine sehen kann, sieht sich dieses Modell seit Jahren mit stark rückläufigen Erfolgsquoten konfrontiert. Offensichtlich bevorzugen junge Menschen eher unverbindliche, erlebnisorientierte Zusammenschlüsse, aus denen man sich bei nachlassender Neigung oder steigender beruflicher Belastung auch unkompliziert wieder „ausklinken“ kann.

Im Falle revolutionär-marxistischer Organisationen kommt als zusätzliches Hemmnis eine gewisse Belastung durch historische Traditionen hinzu. Der geworbene Jugendliche soll nicht nur Mitglied sein, sondern bei entsprechenden Anlagen auch zum Kader „entwickelt“ werden. In den klassischen orthodox-kommunistischen Parteien bedeutete dies, dass er möglichst vollständig aus seinem bisherigen sozialen Kontext herausgelöst und im Dienst für die revolutionäre Sache in einen neuen Lebenszusammenhang „eingebaut“ wurde. Damit war eine Art Gehirnwäsche verbunden (im Jargon die „ideologische Klärung“ durch die „Schulungsarbeit“ der Partei), die das exakte Gegenteil einer selbstbestimmten Identitätsfindung¹⁰ bedeutete. Insofern handelte es sich um ein Angebot, das den Bedingungen pluralistischer und zur Individualisierung tendierender Industriegesellschaften gründlich zuwider lief.

3.1.1 Der Sonderfall MLPD

Im Linksextremismus tritt dieses traditionelle organisationszentrierte Modell besonders deutlich bei der maoistisch-stalinistischen MLPD in Erscheinung. Die Partei sieht sich geradezu als Antipode einer libertären, von ihr auch als „Antiautoritarismus“ abgelehnten und bekämpften Jugendkultur. Sie will „ihre“ Jugendlichen zu „Disziplin und Kampfkraft“¹¹ erziehen und bevorzugt zur Einbindung der Parteijugend „Pfungstjugendtreffen“ und „Sommerlager“¹². Das sind erkennbar „alte“ Formate der Jugendarbeit. Bei der MLPD wurden sie wegen ihrer Anlehnung an die KPD der 1930er Jahre nicht selten mit soziokulturellen Elementen verbunden, die an die Ästhetik faschistischer Bewegungen erinnern. Die Partei hat mit dieser veralteten Strategie praktisch keinen Erfolg: Ihre Rekrutierungserfolge beschränken sich im Wesentlichen auf den Nachwuchs aus MLPD-Familien; so gelingt kaum mehr als die Einbindung von einigen Hundert jüngeren Menschen.

3.1.2 Der Fall DKP

Die DKP hingegen bemüht sich, dieselbe Methodik mit einem moderneren Image zu versehen. Sie verfügt dazu über einen relativ reichhaltigen Erfahrungsfundus. Auf ihren „Pressefesten“ und den Pfingstcamps der SDAJ geht es äußerlich „locker“ zu, das kulturelle Angebot präsentiert sich als Mix zwischen parteigebundenem Traditionskommunismus und zeitgemäßen Elementen der Popkultur. Nicht von ungefähr präsentierte die DKP ihre Jugendorganisation seit der Gründung im Mai 1968 und bis heute stets als „unabhängigen“ Verband, welcher mit der Partei nur „weltanschaulich verbunden“ und mit ihr „befreundet“ sei¹³. Dies entsprach zwar keineswegs den tatsächlichen Anleitungs- und Finanzierungsverhältnissen, war aber bereits in den 1960er Jahren eine offensichtlich für notwendig gehaltene Konzession, welche die Partei an jugendliche Identitätsfindungsbedürfnisse machte. Die klassische Strategie wird bis heute fortgesetzt, erreicht aber angesichts der schwachen Attraktivität der völlig überalterten Partei keine nennenswerten Zahlen an Jugendlichen: Die SDAJ wird seit Jahren auf ca. 300 Mitglieder geschätzt¹⁴.

Die Krise der SDAJ seit Mitte der 1980er Jahre verwies nicht nur auf die schwindende Anziehungskraft des sowjetischen Sozialismusmodells, sondern auch auf fortschreitende Individualisierungs- und Autonomiebedürfnisse unter Jugendlichen. Selbst die DKP-Parteijugend hat seit dieser Zeit vermehrt sozial desintegrierte Jugendliche mit Übergängen in das autonome Milieu angezogen. Dabei mehrten sich nicht nur Fälle offensichtlicher ideologischer „Abweichungen“ und einer „Verletzung der Parteidisziplin“, sondern auch Drogenprobleme im Verband.

3.1.3 „Die Linke“ und ihre Jugendagenturen

„Die Linke“ bzw. die PDS hat frühzeitig mangelnden Nachwuchs als zentrales Problem für das Überleben der Partei erkannt. Geradezu bemüht erschienen Versuche, sich in der jungen Generation interessant zu machen. Die Wahlkämpfe der 1990er Jahre führte die restlos überalterte Partei deshalb unter dem Label „Gysis bunte Truppe“. Dabei stellte sie neben ihrem medientauglichen Alleinunterhalter gezielt einzelne jüngere Funktionäre heraus – ob dies über Wahlentscheidungen hinaus auch junge Leute zur Mitarbeit in der Partei motivieren konnte, scheint eher zweifelhaft. Die Rekrutierungsquote liegt deutlich unter jener der altersbedingten natürlichen Abgänge.

Die mangelhafte Nachwuchsquote eröffnet allerdings umgekehrt interessierten jungen Menschen geradezu brillante Aufstiegsmöglichkeiten in der Partei. Der Typus des karriereorientierten und zu längerfristigem Engagement bereiten potenziellen Berufspolitikers kann in der „Linken“ – wie der Fall der stellvertretenden Parteivorsitzenden Katja Kipping¹⁵ verdeutlicht – mit einem praktisch ungebremsten Aufstieg rechnen.

Für die Masse der jüngeren Generation ist indessen verbindliche, partei-gebundene Organisation heute erkennbar weniger attraktiv – das kommt im Übrigen auch in den fallenden Mitgliederzahlen demokratischer Jugendorganisationen zum Ausdruck. Auf diesen Trend musste die Nachwuchsrekrutierung traditionell orientierter linksextremistischer Organisationen eingehen, wollte sie sich breitere Segmente politisch interessierter junger Menschen erschließen.

Tatsächlich wird dies selbst im Spektrum der organisationskulturell eher traditionalistischen revolutionär-marxistischen Gruppen umgesetzt.

Sowohl *dielinke.sds* als auch die *linksjugend* [*'solid*] haben unbeschadet ihrer Absicht, Interessenten für eine längere und verbindliche Bindung an die Partei zu gewinnen, schon in ihrem Internetauftritt zeitgemäße Elemente der Rekrutierung berücksichtigt:

- Aktives Engagement – nach herkömmlicher marxistisch-leninistischer Lehre zu den „unabdingbaren Organisationsprinzipien“ kommunistischer Parteien zählend – wird nur noch als Angebot formuliert. *linksjugend* [*'solid*] bekundet, 4.574 aktive Mitglieder¹⁶ zu haben, während seine Gesamtstärke – also unter Einschluss der Passiven – 10.000 Mitglieder¹⁷ betrage. Die passive Mitgliedschaft im Jugendverband ist obligatorisch für Parteimitglieder der „Linken“ im Alter bis zu 35 Jahren. Demnach kann die „Linke“ im Segment der 14- bis 35-Jährigen allenfalls 10.000 Mitglieder haben (knapp zwölf Prozent der Gesamtmitgliederzahl), was auf eine fortbestehende Überalterung der Partei hinweist.
- Die Gremien des Verbandes vermeiden Anklänge an traditionelle Leitungsstrukturen. Es gibt keinen Vorsitzenden, sondern einen aus zehn Personen bestehenden „BundessprecherInnenrat“.

- Der Verband positioniert sich jugendgerecht weiter links stehend, also radikaler als die Partei „Die Linke“.
- Im Internet-Auftritt dominieren „aktionsbezogene“ Themen, wie die Blockade von rechtsextremistischen Aufmärschen, die Störung von Castor-Transporten u. ä., bisweilen im offenen Schulterchluss mit militanten linksextremistischen Zusammenschlüssen und der Betonung, auch für strafbare Aktionsformen offen zu sein.
- Der Verband bietet sich also aktionsorientierten Jugendlichen als Partner in Kampagnen an, ohne dabei unmittelbar eine Rekrutierungsabsicht erkennen zu lassen.
- Das traditionelle Hauptagitationsfeld der „Linken“, die sogenannte soziale Gerechtigkeit, wird in Papieren des Jugendverbandes weniger in Kategorien der parlamentarischen und außerparlamentarischen Gestaltung als vielmehr als „Widerstand“ beschrieben: *Kämpf' um dein Leben. Broschüre zu Jugend und Armut* heißt eine Druckschrift von zwanzig Seiten, in der suggeriert wird, Deutschland steuere auf eine massenhafte Verarmung der nachwachsenden Generation zu.¹⁸ Anklänge an ähnliche Agitationsmuster bei der SDAJ vor 1989 („Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt“) sind unübersehbar, der Gestus einer staatstragenden und autoritätsgläubigen Organisation, wie es die FDJ gewesen war, ist hingegen nirgends mehr erkennbar.

Gleichwohl sind solche Konzessionen an aktionsorientierte, undogmatische und eher im anarchistischen Spektrum verortete Jugendkulturen ein Stück weit unter taktischen Gesichtspunkten zu sehen. Eine gemeinsame Broschüre des nordrhein-westfälischen Landesverbandes von *linksjugend* [*'solid*] und der parteinahen Studentenorganisation *dielinke.sds* (SDS steht für „Sozialistisch-demokratischer Studierendenverband“) liefert zwar eine sehr zustimmend gehaltene Darstellung der gewaltbereiten autonomen Antifa, vermerkt aber gleichwohl kritisch, bei der Autonomen-Kultur handele es sich um ein „Aussteigermodell“¹⁹ – was natürlich sagen will, dass es keine langfristige Perspektive für revolutionäre Strategien darstelle.

Der parteinahe „Studierendenverband“ *dielinke.sds* ist zwar medial recht präsent, erscheint aber nach außen größer, als er tatsächlich ist. Die Zusammensetzung seiner jährlichen Delegiertenkonferenzen lässt auf nicht mehr als drei Dutzend Hochschulgruppen schließen, wobei

bei einigen von ihnen der Verdacht besteht, dass es sich um Ein-Mann-Unternehmen mit einem Größeres vortäuschenden Internet-Auftritt handelt.

Den ursprünglichen Kern des „Studierendenverbandes“ bildeten Kader der früheren trotzkistischen Gruppe *Linksruck*. Sie hat sich formell im Mai 2007 in die Partei integriert, tatsächlich aber nur ihre äußere Gestalt verändert. Seit September 2007 nennen sich die *Linksruck*-Trotzkisten *Netzwerk Marx 21*; ihre internationale Anbindung an den in London residierenden Dachverband *International Socialist Tendency (IST)* haben sie aufrecht erhalten. Den inzwischen nicht mehr ganz so jungen Aktivisten und Funktionären (eher um die 40 Jahre alt) kommt gleichwohl noch eine nachwuchswerbende Funktion zu. Hierbei präsentiert sich *Marx 21* als Mix alter und neuer Werbungstechniken. Einerseits existiert nach wie vor ein fünfmal jährlich erscheinendes, relativ theorielastiges Printmedium, das Magazin *Marx 21*. Andererseits kann es weitgehend online gelesen werden. Zudem präsentiert sich *Marx 21* praktisch mit dem gesamten Angebot (lediglich ohne das Magazin) auf Facebook. Ende Januar 2011 fanden 830 Nutzer diesen Account „gut“.²⁰

3.1.4 Traditionelle Rekrutierungstechniken bei revolutionären Marxisten

Revolutionär-marxistische Linksextremisten setzen flankierend weiterhin auch auf traditionelle Formen der Integration von Interessenten und Neumitgliedern. Bei diesen traditionellen Formen stehen das Gemeinschaftserlebnis und die Selbstversicherung, einer „Kampfgemeinschaft von Gleichgesinnten“ (so stets die DKP über sich selber) anzugehören, auch der Appell an Stärke durch große Zahl im Vordergrund. Je weniger event- und freizeitorientiert sich solche Rituale darstellen, desto mehr haben sie aber an Attraktivität verloren. Der kommunistische Parteitag als Heerschau, als Demonstration von Größe, Stärke und Geschlossenheit (nach den „Leninschen Normen des Parteilebens“) hat sich längst zu einem Forum des internen pluralistischen Streits entwickelt. Hier wirkt allenfalls die abschließende Intonation der Internationale noch gemeinschaftsstiftend.

Etwas anders verhält es sich mit den „Pressefesten“²¹ kommunistischer Organisationen. Sie waren von jeher auch zur Anziehung Nahestehender gedacht und dementsprechend mit einem starken Eventanteil unterlegt. Die „Linke“ veranstaltet solche Feste als Saalveranstaltungen mit poli-

tisch-kulturellem Programm.²² Die DKP richtet ihre Pressefeste des Zentralorgans *Unsere Zeit* alle zwei Jahre im Ruhrpark in Dortmund-Wischlingen aus und nimmt dazu Anstrengungen auf sich, denen die geschrumpfte Organisation fast nicht mehr gewachsen ist. Der Erfolg ist eher bescheiden. Im Jugendsektor ist allerdings eine Amalgamierung mit Gruppen der autonomen Antifa ziemlich deutlich.²³ Trotz gegenteiliger Erfolgsmeldungen wird der Effekt der Pressefeste inzwischen mehr in einem Wiedersehensritual alter Genossen gesehen.

Neben den Pressefest-Ritualen greifen inzwischen zwei weitere „Events“ Platz: die jährliche Rosa-Luxemburg-Konferenz der traditionskommunistisch ausgerichteten Tageszeitung *junge Welt (jW)* und die am jeweils zweiten Wochenende im Januar durchgeführte *Liebknecht-Luxemburg-Demonstration* (auch: *LL-Demo*); sie führt von der früheren MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg zur „Gedenkstätte der Sozialisten“ in Berlin-Friedrichsfelde.

Bei den *jW*-Konferenzen wird, und zwar nicht erst seit der „Kommunismus“-Rede der „Linken“-Vorsitzenden Gesine Löttsch, revolutionärer Klartext unter Einschluss der Bejahung selbst terroristischer Gewalt geredet. Mit mehr als 2.500 Teilnehmern (weitere Interessenten wurden aus Kapazitätsgründen nicht eingelassen) war dies 2011 keine kleine Veranstaltung. Zudem bestand das Auditorium überproportional aus jungen Menschen.

Nicht grundsätzlich anders verhält es sich mit der *LL-Demonstration*, die inzwischen einerseits zwar eine Art ökumenisches Großereignis im Linksextremismus von hohem gemeinschaftsbildenden Wert darstellt: Von Stalinisten unterschiedlichster Nationalitäten über ideologisch eher weicher konturierte Linksextremisten bis hin zu Autonomen und zur Parteiprominenz der „Linken“ ist das gesamte Spektrum vertreten.²⁴ Andererseits herrscht ein „Generationenmix“ (*jW* vom 10.01.2001) vor. Einen besonderen Werbeeffekt auf anpolitisierte junge Leute scheint das Ereignis nicht auszuüben.²⁵

Schon mit Rücksicht auf die älteren Mitglieder halten revolutionäre Marxisten an ihren Printmedien fest. Viele der Papiermedien bewegen sich allerdings am wirtschaftlichen Minimum oder sogar darunter: Notorisch ist dafür das DKP-Zentralorgan *Unsere Zeit (UZ)*, das bei wenig aktueller Berichterstattung kontinuierlich an Auflagenhöhe verliert, der Partei hohe

Kosten verursacht und zudem mit vier Euro pro vierzehntäglicher Auflage (rund 6.000 Stück bei 16 Seiten Umfang) ausgesprochen teuer ist. Die in ostdeutschen Städten praktisch überall, in den alten Bundesländern jedoch allenfalls an den Bahnhofsbuchhandlungen erhältliche *Junge Welt* bewegt sich bei einer Auflage von 17.000 Exemplaren und kostet 1,30 Euro. Ihr gemäßigeres Gegenstück *Neues Deutschland* als zentrales Parteiorgan der „Linken“ bei rund 37.000. Linksextreme Periodika mit gehobenem theoretischen Anspruch, wie *analyse & kritik* (steht der „Linken“ nahe, früher Zentralorgan des *Kommunistischen Bundes (KB)* unter dem Namen *Arbeiterkampf*), liegen durchweg bei wenigen Tausend Exemplaren und sind Speziallektüre für Insider. Für die – soweit noch vorhandenen – Blätter örtlicher Gliederungen gilt Entsprechendes. Im Allgemeinen sind Linksextremisten mit der Mitteilung sowohl von gedruckten Auflagen als auch von Internet-Zugriffen zurückhaltend.

Das Internet erzeugt allerdings auch in diesem – unter jungen Leuten eher weniger zuspruchsfähigen – Spektrum einen Multiplikations- und Propagandaeffekt. Die Zugriffe auf Organisationsseiten, Bilderdienste, Videos und Podcasts liegen nämlich erkennbar über der Reichweite der bisherigen gedruckten Agit/Prop-Mittel.

Eine ideologisch eher traditionalistische (auf orthodoxen „Antiimperialismus“ und Palästina- sowie PKK-Solidarität fixierte) *Rote Antifa* in Duisburg (keineswegs mehr als fünfzig Mitglieder) erzielte mit einem Video-Podcast von einem „Die-In“ in Köln (am 22. Januar 2011 aus Anlass der Verlängerung der Afghanistan-Mission der Bundeswehr) innerhalb von zwanzig Tagen 605 Aufrufe; mit einem Agitationsvideo zur „1. Mai-Demo“ in Duisburg (sehr traditionalistisch mit Kampfsymbolen und revolutionärer Musikunterlegung) innerhalb von zehn Monaten 4.870 Aufrufe.²⁶ Selbst unter Abzug der in Rechnung zu stellenden „Feindnutzung“ (durch Sicherheitsbehörden und politische Gegner) ist dies für eine derartig kleine Gruppe ein erheblicher Multiplikationseffekt, und zwar auch dann, wenn man realistisch unterstellt, dass sich nur ein geringer Prozentsatz der Nutzer vom Inhalt der Seite angesprochen fühlt.

Auf eine Technik der Nachwuchsgewinnung, die soweit erkennbar nur in traditionskommunistischen Milieus Anwendung findet, sei zumindest hingewiesen: Es gibt das Phänomen der dynastischen Rekrutierung, bei der in oft Generationen alte kommunistische Familien hineingeborene Menschen von Anfang an sozialisiert werden. Dies galt schon für jene

geschätzt 5.000 kommunistische Familien, die den Kern der westdeutschen DKP ausmachten²⁷ und selbstverständlich auch für systemtragende Familien mit SED-Anbindung in den neuen Bundesländern. Es ist relativ unwahrscheinlich, dass in solchen Milieus demokratische Werte vermittelt werden oder die SED-Diktatur kritisch reflektiert wird. Politische Bildung und Präventionsarbeit wird im Regelfall die primäre Sozialisationsinstanz des Elternhauses kaum überwinden können. Denkanstöße für eigenständige Identitätsbildung solcher Jugendlichen zu liefern, wäre schon ein Erfolg.

3.2 REKRUTIERUNGSMUSTER IM AUTONOMEN SPEKTRUM

Trotz unbestreitbarer Schnittmengen vor allem in der „antikapitalistisch“ motivierten Ablehnung der bestehenden Gesellschaftsordnung unterscheiden sich Autonome in ihrem Sozialverhalten und Organisationsverständnis gravierend von revolutionären Marxisten. Die andere Organisationskultur hat auch Folgen für das Rekrutierungsverhalten autonomer Gruppen. Eine aktive Werbung für sie kann es schon aus zwei Gründen nicht geben: Erstens verletzt das aktive Drängen zur Mitarbeit nach autonomem Selbstverständnis die Selbstbestimmung des umworbenen Individuums. Und zweitens fürchtet die Szene aus einer verbreiteten Spitzelangst heraus eine generelle und aktive Öffnung, in der die Gefahr einer systematischen Anziehung von Agenten und Verrätern erkannt wird.

Autonome Gruppen beschränken sich daher auf inhaltlich-ideologische Angebote, die früher in Szeneblättern unterbreitet wurden, heute aber überwiegend auf Websites zu finden sind. Die Gruppe positioniert sich dort unter dem Rubrum „Wer wir sind und was wir wollen“ zu ihrem Selbstverständnis und unterlegt das mit Aufrufen und Berichten zu eigenen Aktivitäten in den bevorzugten Aktionsfeldern. Namen werden prinzipiell nicht genannt. Der Interessent kann die Gruppe kontaktieren, er wird dann in der Regel dazu eingeladen, sich an (öffentlichen) Aktionen – beispielsweise Demonstrationen gegen Rechtsextremisten – zu beteiligen. Durch seine Teilnahme sowie möglicherweise Postings auf der Seite der Gruppe kann er Zustimmung zu deren Aktionen signalisieren; er wird so ohne äußerliches formales Verfahren an die Gruppe heranwachsen und irgendwann auch zu eher internen Treffen eingeladen. Er weiß in der Regel nicht, dass diesem Schritt ein „Check“ seiner Person voran gegangen ist, bei dem seine Herkunft und sein Freundeskreis über-

prüft wurden. In Gesprächen innerhalb der Gruppe wird seine politische Einstellung bewertet und er mit korrekten Sichtweisen und Sprachregelungen vertraut gemacht. Denkbar ist auch, dass ein Gruppenmitglied einen ihm bekannten potenziellen Interessenten mitbringt und damit praktisch für ihn bürgt. Bei diesem Integrationsverfahren nutzen autonome Gruppen grundsätzlich zwei Handlungsebenen: eine relativ „öffentliche“ (auch dort werden weder Interna besprochen noch Nachnamen genannt) und eine gruppeninterne.²⁸ Der Novize muss sich bei halblegalen oder schon strafbaren Aktionen (Plakatieren, das Kleben von „Spuckis“ – kleinen Werbezetteln, Schmier- und Sprayaktionen, Antifa-Recherche, kleinere szenetypische Straftaten, Beteiligung an Konfrontationen mit der Polizei) bewähren, bevor er auf der gruppeninternen Ebene als völlig integriert gilt.

Genau wie beim Rechtsextremismus ist das Internet als Werbeplattform für autonome Linksextremisten von besonderer Bedeutung. Es bedient das Bedürfnis, weder Personalien noch die Größe der Gruppe noch ihre eher internen Mechanismen in die Öffentlichkeit zu tragen. Wegen der weitgehenden Anonymisierung – gelegentlich auch durch Serverstandorte im Ausland – kann hingegen bei der Agitation Klartext geredet werden. Lediglich die direkte Ankündigung von Straftaten wird in der Regel vermieden.

Der Web-Auftritt einer Autonomen-Gruppe ist zugleich ein deutliches Anzeichen für den Wunsch, zumindest in bestimmtem Umfang für die eigenen Positionen zu werben und damit auch andere für eine Mitarbeit gewinnen zu wollen. Konspirative Zirkel, die sich auf „klandestine Aktionen“ (Sachbeschädigungen, Angriffe auf politische Gegner, Sabotage, Brand- und Sprengstoffanschläge) konzentrieren, benötigen dergleichen nicht.

Tatsächlich ergibt sich aber die Attraktivität einer autonomen Gruppe nicht in erster Linie aus ihrem Internetauftritt, sondern aus dem Zusammenhalt einer in etwa gleichaltrigen Peergroup, die sich zudem durch gemeinsame politische Ziele in einem oder mehreren Aktionsfeldern verbunden weiß. Solche Peergroups entstehen nicht selten bereits in Klassen- oder Jahrgangsstufenzusammenhängen während der Schulzeit. Ihre Attraktivität hängt von ihrer Größe und Handlungsfähigkeit, von ihrem Renommee innerhalb des örtlichen linken Milieus und – uneingeandenermaßen – auch von der Präsenz entsprechender informeller Führungspersönlichkeiten ab.

Im Unterschied zu rechtsextremistischen Cliquesbildungen können sie sich häufig in selbstverwalteten Szeneobjekten, sogenannten Freiräumen, ungestört versammeln, was ihre Entwicklungsfähigkeit nachhaltig unterstützt. Hinzu kommen häufig öffentliche Fördermittel, die über andere Teile eines örtlichen linken Milieus und über Bündnisprojekte auch autonomen Gruppen zugute kommen können.

Als eindeutig mobilisierungsfähigstes und rekrutierungsförderndstes Kampagnenthema haben sich „Aktivitäten gegen Rechts“, im autonomen Spektrum durchweg als „Antifaschismus“ bzw. „Antifa“ bezeichnet, erwiesen.²⁹ Dabei profitiert die autonome Szene von zwei Effekten: Zum einen ist sie im Allgemeinen mindestens am Rand an einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis gegen Rechtsextremismus beteiligt. Zum anderen stellt sie sich innerhalb dessen als sein radikalster und konsequentester Bestandteil dar, der aktionsbezogenes Engagement verspricht und insofern auch ein attraktives Angebot für stärker protestbereite junge Menschen darstellt.

Die Internet-Lage bestätigt die relativ hohe Attraktivität der autonomen Antifa in diesem für Linksextremisten typischen Handlungs- und Bündnisfeld. Gibt man „Antifa“ in die Suchmaschine Google ein, so erscheint an erster Stelle die Seite *Antifa.de*³⁰, das im Frühjahr 2011 führende Portal, auf dem man bundesweite Aktionen „gegen Rechts“ abrufen kann.³¹ Das früher führende Portal *Indymedia*³² mit seiner Seite „Antifa“ findet sich erst auf Platz 4, gefolgt von der Seite der orthodox-kommunistisch geprägten VVN-BdA (Platz 6) und (ab den Plätzen 8 ff.) von örtlichen autonomen Antifa-Gruppen.³³ Dass sich zudem zahllose Amateurvideos oder Bildfolgen von „antifaschistischen“ Aktionen im Internet finden, komplettiert die aktionsbezogene Ausrichtung, mit der dieses linksextremistische Kampagnenfeld sich an potenziell Interessierte wendet: Bilder von martialischen Umzügen sind für ältere linke Menschen eher nicht von Interesse, sondern wenden sich an Jugendliche.

Ein ähnliches Verfahren im Bereich des Aktionsfeldes „Antirepression“ ergänzt diesen Befund eines medienorientierten und Bilder schaffenden Auftritts autonomer Gruppen: Hier werden Konfrontationen mit der Polizei gezeigt, womit man die autonome These von der grundsätzlichen Repressivität des „Schweinesystems“ unterlegt. Bisweilen werden solche Video-Podcasts auch von örtlichen Medienzusammenhängen ins Netz gestellt, die autonomen Gruppen nahe stehen, wie z. B. dem studentischen Szeneblatt *oaseMagazin* in Nordrhein-Westfalen. Seine Videodokumen-

tation der polizeilichen Abriegelung einer autonomen „1. Mai-Demo“ 2009 in Wuppertal wurde bis dato mehr als 106.000 Mal aufgerufen.³⁴ Für eine eher örtlich verankerte Initiative ist das nicht nur eine enorme Resonanz, sondern sie zeigt auch, welche Feindbilder von der Polizei existieren bzw. welche Bedeutung die Vorstellung einer „Freiheit von staatlichem Zwang“ in entsprechenden Milieus besitzt.

„Antirepression“ wird zusätzlich sowohl unter härteren als auch unter weicheren Labels angeboten. Zu den härteren zählt ein bei Youtube eingestellter Film mit Bildern von den Krawallen in Griechenland Ende 2008 (15.652 Aufrufe).³⁵ Das Video mit dem Titel „Revenge!!! Beat the Bastards“ zeigt ausgesucht brutale Gewaltszenen bis hin zu einem brennenden Polizeibeamten und ist mit einem Hardrock-Musiktitel unterlegt, dessen Text im Wesentlichen aus der Sequenz „Fuck you“ besteht.

Zu den weicheren Vermittlungen zählt ein Video einer *Roten Online Fraktion Leipzig (ROFL)*, auf der ein vermummter Sprecher vor einem dem Signet der RAF nachempfundenen Emblem eine satirische Erklärung zum „Überwachungsstaat“ verliest.³⁶ Die geschickt gemachte Darbietung mit fast 13.000 Zugriffen führt auf unterhaltsame Weise an das Thema „staatliche Repression“ heran, liefert die revolutionäre Signatur mit, mutet dem Betrachter aber weder Parolen noch Gewaltszenen zu. Dies knüpft an eine bereits in den 1970er Jahren verbreitete Agitationstechnik an, bei der Militanz und Revolution ironisch verfremdet, als Provokation verpackt und zu einem Event umgedeutet werden, einer klassischen Formulierung aus dem berüchtigten „Buback-Nachruf“ folgend, als „Militanz, die fröhlich ist und den Segen der beteiligten Massen hat“. Falls sich Themen wie „Repression“ mit auch nur andeutungsweise vergleichbaren Erfahrungen eher links eingestellter junger Menschen in dieser Form decken, stellt sich „Betroffenheit“ über Suggestionen und Bilder her. Diese Technik ist erkennbar attraktiver als die Darbietung eines langen Textes mit einer marxistisch begründeten „Staatsableitung“.

Unter den übrigen klassischen autonomen Aktionsfeldern ragen jeweils zeitlich anlassbezogen die Proteste gegen die Castor-Transporte und – mit lokalem Bezug – „Gentrifizierung“ heraus. Im Vorfeld einer lange angekündigten und für die „Szene“ bedeutsamen Räumung eines besetzten Hauses in der Liebigstraße in Berlin (Februar 2011) konnte man auf „Antifa.de“ über Twitter eine Art Kriegsberichterstattung über Polizeibewegungen im weiteren Umfeld des Objektes verfolgen. Dergleichen

mag für erlebnisorientierte Internetnutzer durchaus von Interesse sein, um den Eindruck zu erwecken, sozusagen „live“ am Geschehen teilzunehmen.

Die im Internet dargebotenen Bilder gewöhnen Interessenten an Emblematik und Kampfsymbole der Autonomen. Das Gleiche gilt vice versa auch für die Angebote der traditionellen Marxisten-Leninisten. Die Agitationsmittel haben sich hier angeglichen: Wenn DKP-nahe Seiten Videos von 1. Mai-Aufmärschen oder der LL-Demonstration mit vielen roten Fahnen, Stalin-Porträts, Thälmann-Bannern und vergleichbaren Kampfsymbolen bringen und mit Kampfliedern aus den 1930er Jahren unterlegen, so zeigen die Seiten von Autonomen Rechts-Links-Konfrontationen mit Schwarzen Blöcken und Punk bzw. Oi-Rock-Unterlegung. Der anpolitisierte Interessent kann sich die entsprechenden Devotionalien auch im Internet einkaufen, etwa im *jW-online-Shop* oder über den inzwischen in dieser Hinsicht mindestens ebenso erfolgreichen, auf die autonome Szene ausgerichteten Internet-Handel *Red Stuff*.³⁷

Die autonome Szene versteht es auch, entsprechend anpolitisierte Klientel durch „Brot und Spiele“ weiter zu integrieren. Das Instrument dazu sind sogenannte Soli-Feten entweder zur Unterstützung „verfolgter“ Genossen oder zur Finanzierung von Kampagnen. In Berlin fanden in einschlägigen Szeneobjekten im Januar und Februar gleich zwei „zur Finanzierung von Protesten gegen das Sparpaket, Repression gegen Aktivisten und andere Schweinereien“³⁸ statt.

3.3 LINKSEXTREMISMUSAFFINE „PROJEKTE“, BEWEGUNGEN UND NETZWERKE

Zur Anpolitisierung junger Leute haben Linksextremisten auch stets Organisationen benutzt, deren Anliegen in der Zielgruppe Betroffenheit und Engagement auslösen konnten, die aber nicht offensichtlich mit politisch-extremistischen Zielen in Zusammenhang standen. Die zumeist altruistisch und idealistisch konturierten Ziele solcher „Projekte“ konnten für sich betrachtet auch von Demokraten mitgetragen werden. In solchen Organisationen arbeiten aber Mitglieder und auch ganze Gliederungen linksextremistischer Organisationen entweder sehr offen oder eher diskret (wie im Falle der trotzkistischen Taktik des „Entrismus“) mit. Eine Abgrenzung von extremistischen Gruppen gibt es nicht; und dieser Umstand stellt ein geradezu zentrales Merkmal linksextremismusaffiner

Projekte dar. Sie können – im autonomen Jargon auch als „Teilbereichsbewegungen“ bezeichnet – zu Inkubationsorten extremistischer Einstellungsformung und Anpolitisierung werden.

Ein typisches Phänomen auf diesem Feld ist das globalisierungskritische Netzwerk ATTAC³⁹, in Frankreich 1998 als Projekt dortiger Trotzlisten entstanden und seit 2001 auch in Deutschland vertreten. ATTAC Deutschland hat sich 2006 von fremdenfeindlichen und rechtsextremen Umtrieben distanziert, konnte sich aber nicht zu einer eindeutigen Verurteilung „linker“ Demonstrationsgewalt (besonders während internationaler Politik- und Wirtschaftsgipfel) durchringen. Die Organisation hat angeblich 250 örtliche Gruppen und zahlreiche korporative Mitglieder in Gestalt von mehr oder weniger politisch links stehenden Drittwelt-Initiativen. Über genaue Mitgliederzahlen erfährt man nichts.⁴⁰ Der „wissenschaftliche Beirat“ der Organisation weist ungefähr 20 Prozent Linksextremisten auf⁴¹, wobei in den letzten Jahren der Anteil von Personen aus dem Gravitationsfeld der „Linken“ angestiegen ist. Geschäftsführerin von ATTAC Deutschland war jahrelang eine frühere DKP-Funktionärin (inzwischen MdB der „Linken“). Sie galt allerdings in dem Netzwerk als umstritten, weil sie versuchte, ATTAC auf das klassische kommunistische Kampagnenthema „Sozialkampf“ festzulegen.⁴² Die Attraktivität von ATTAC bestand ursprünglich darin, einem „neuen“ und anscheinend altruistischen Anliegen, der Globalisierungskritik, eine Stimme und ein Gesicht zu geben. Inzwischen hat die Anziehungskraft der Organisation stark nachgelassen.⁴³ Sie ist einerseits nicht „eventfähig“. Andererseits weist sie eine stark durchorganisierte und formalisierte Struktur auf, die nach politischen Fraktionen fein austariert scheint. Genau dies sind aber Eigenschaften, die ATTAC in den Ruf bringen, nichts weiter als eine Plattform organisierter politischer Interessen zu sein.

Derzeit scheinen eher anlassbezogene, an konkreten (materiellen) Anliegen junger Menschen anknüpfende „Projekte“ geeignet, mindestens zeitweilig Interesse auf sich zu ziehen. Da in fast allen solchen Initiativen Linksextremisten mindestens gleichberechtigt mitarbeiten, werden sie eine Rolle als Inkubations- und Lernorte für extremistische Ideologeme und Einstellungsmuster spielen. Allerdings liegt im Regelfall keine aggressive Ablehnung demokratischer Standards vor; autoritäre innerverbandliche Strukturen würden bei ihrem Bekanntwerden ein solches Projekt rasch diskreditieren.

Die Inkubationsgefahren in solchen Netzwerken, Projekten und Teilbereichsbewegungen bestehen demnach erstens darin, dass dort Linksextremisten als gleichberechtigte Partner akzeptiert werden und diese auch die Möglichkeit haben, für ihre Weltbilder und Organisationen zu werben. Zweitens besteht die Gefahr, dass die Kampagnenthemen, also die „Kernanliegen“ solcher Projekte, als angebliche Belege für die Unbrauchbarkeit „des Systems“ umgedeutet und so im extremistischen Sinne instrumentalisiert werden.

Hier öffnen sich Fenster, in denen extremistische oder extremismusaffine Bausteine von Weltbildern entstehen. Solche Patchwork-Ideologeme müssen keineswegs zu geschlossenen linksextremen Weltbildern führen. Das kann aber geschehen, wenn den vorgeprägten jungen Leuten Extremisten die angeblichen „systembedingten“ Zusammenhänge zwischen den einzelnen Bausteinen „erklären“ und versuchen, sie zu einer halbwegs konsistenten Einstellungsstruktur zusammenzusetzen.

- 1| *In der DDR sollte er die „sozialistische Menschengemeinschaft“ formen. Für den Stellenwert des „neuen Menschen“ in der sowjetischen Pädagogik vgl. Gerd Koenen, Utopie der Säuberung, Berlin 1998, S. 125-145.*
- 2| *Rudolf van Hüllen, Was war die DKP?, in: Gerhard Hirscher/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Was wurde aus der DKP?, Brühl 2008, S. 9-47, hier S. 23.*
- 3| *Besonders signifikant in diesem Zusammenhang war vor Jahren ein Konflikt zwischen autonomen Gruppen und der trotzkistischen Gruppe Linksruck. Diese Trotzlisten, auch ihre jüngeren Vertreter, waren in der autonomen Szene wegen ihres apparatschikhaften und autoritären Gebarens regelrecht verhasst.*
- 4| *Manfred Wilke/Marion Brabant, Totalitäre Träumer. Die Politik der SDAJ und die Wirklichkeit des realen Sozialismus, München 1988, S. 14.*
- 5| *Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Andi-Comic für Demokratie und gegen Extremismus 3, Düsseldorf 2009, S. 16 f.*
- 6| *Politischer Protest in der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zur sozial-empirischen Untersuchung des Extremismus, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1980, S. 52.*
- 7| *Zwei prominente Beispiele dafür sind die Linksruck-Funktionäre Christine Buchholz und Janine Wissler, deren universitärer Vorlauf aus ihren im Internet veröffentlichten offiziellen Lebensläufen hervorgeht.*
- 8| *Dabei spielte sowohl die Anknüpfung an spezifisch studentische Probleme (Studiengebühren und Hochschulreform) als auch die Nutzung „antifaschistischer“ Agitation eine große Rolle.*
- 9| *Zu diesen „geschriebenen und ungeschriebenen Regeln des Parteilebens“ vgl. Manfred Wilke/Hans-Peter Müller/Marion Brabant, Die Deutsche Kommunistische Partei, Köln 1990, S.79 ff.*
- 10| *Zu diesen Prozessen insgesamt Brigitte Studer/Berthold Unfried, Der stalinistische Parteikader, Köln/Weimar/Wien 2001.*

- 11| MLPD-Zentralorgan Rote Fahne Nr. 46/2002, zit. nach Verfassungsschutzbericht 2002, S. 147.
- 12| Die Partei hat dazu zwei ehemalige Ferienlager in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen gekauft und in Eigenarbeit instand gesetzt. Auf den Fotos von solchen Veranstaltungen sieht man nur lachende, glückliche Kinder, bevorzugt im Alter von bis zu 12 Jahren.
- 13| So die kontinuierliche Selbstbeschreibung der SDAJ, wie sie praktisch alle Verfassungsschutzberichte seit den 1970er Jahren wiedergeben.
- 14| Zuletzt im Verfassungsschutzbericht 2010, S. 173.
- 15| Katja Kipping (Jg. 1978) ist erst 1998 in die PDS eingetreten. Sie wurde schon 1999 (bis 2003) Stadträtin in Dresden und im gleichen Zeitraum auch Mitglied des sächsischen Landtages. Seit Mitte 2003 ist sie stellvertretende Parteivorsitzende der PDS bzw. der „Linken“, seit 2005 MdB. Ihre Äußerungen zeigen eine perfekte Adaption orthodox-kommunistischer Weltbilder (vgl. insbesondere ihre Einlassungen zu Joachim Gauck, der mit seiner Kritik der SED-Diktatur den Rechtsextremismus verharmlose und die Gesellschaft spalte, in: FAZ online vom 10.06.2010).
- 16| <http://www.linksjugend-solid.de/verband/faqs> (Abruf 30.01.2011).
- 17| Nach der Satzung kann man der Organisation mit 14 Jahren beitreten und bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres Mitglied bleiben.
- 18| Im Internet unter: http://www.linksjugend-solid.de/fileadmin/linksjugend/kaempfe_um_dein_leben.pdf.
- 19| „Bloc Fascism – Geschichte, Analysen und Ideen für eine antifaschistische Praxis“, 2. Aufl. Düsseldorf 2011 (<http://www.linksjugend-solid-nrw.de/block-facism>) S. 73.
- 20| <http://www.facebook.com/pages/marx21de/52868191561>.
- 21| Offizielle Träger solcher Veranstaltungen sind die „Zentralorgane“ der Parteien. Ihre Agit/Prop-Funktion wird dabei ganz offen mit Werbungs- und Rekrutierungsabsichten der Parteien verbunden.
- 22| „Bruderparteien“ der „Linken“ halten an der althergebrachten Form fest, besonders die französische KP mit der jährlichen Fête de l’Humanité, die portugiesische KP mit dem Pressefest ihres Zentralorgans Avante und die österreichische KP mit dem der Volksstimme.
- 23| Vgl. die entsprechenden Fotogalerien im DKP-nahen Internet-Bilderdienst Rotbild.
- 24| Man beachte die Berichterstattung im „Neuen Deutschland“ und in der „Jungen Welt“ sowie die anschließend ins Netz gestellten Amateur-Videos.
- 25| Die Teilnahme an der LL-Demonstration zeigt eher eine bereits bestehende Anhaftung an linksextremistische Milieus, als dass sie ein Einstiegsszenario darstellt. Es handelt sich eben nicht um ein Demonstrationsereignis mit gemischter Besetzung (wie eine „antifaschistische“ Demonstration), bei dem auch, aber keineswegs ausschließlich, Linksextremisten teilnehmen. Bei der LL-Demo kann sich niemand darüber hinwegtäuschen, an einem im Kern traditionskommunistischen Aufmarsch teilzunehmen. Die Teilnehmerzahlen nahmen allerdings seit 1990 von 160.000 auf heute weniger als 20.000 kontinuierlich ab.
- 26| http://www.youtube.com/user/RoteAntifa#p/a/u/1/Q_dgRh9KPgQ. Sie verfügt dazu über einen eigenen Kanal in „Youtube“, in dem ihre Einstellungen gesammelt abgerufen werden können.
- 27| Rudolf van Hüllen, Was war die DKP, a.a.O., S. 40.
- 28| Ein Teil dieser Gewohnheiten ist dargestellt in: Tipps und Tricks für Antifas, Münster 2009, S. 22 ff.

- 29| Eine qualitative Erhebung der KAS bestätigt dies eindrücklich. Sämtliche Befragten konnten sich vorstellen, gegen Rechtsextremismus politisch aktiv zu werden, und zwar vor allem durch Teilnahme an Demonstrationen.
- 30| Das Portal verbindet „Antifaschismus“ in typisch revolutionärer Auslegung mit anderen „Teilbereichskämpfen“. Man kann neben „Antifa“ auch die Icons „Klassenkampf“, „Krieg + Frieden“, „International“ und „Globalisierung“ anklicken.
- 31| Abgefragt am 12.02.2011. Nr. 2 in der ausgeworfenen Liste ist das Stichwort „Antifa“ bei Wikipedia.
- 32| Independent Media (Indymedia) ist in Deutschland – entgegen anders lautenden unzutreffenden Einschätzungen – ein Projekt des autonomen Linksextremismus. Es gibt in seinen Nachrichtensparten definitiv keine Themenkategorie, die mit der autonomen Szene nicht kompatibel wäre. Das schließt – angesichts des Prinzips weitgehender Offenheit für das politisch linke Spektrum – bei Indymedia nicht aus, dass dort Beiträge erscheinen, die sogar Positionen aus dem demokratischen linken Spektrum repräsentieren. Die Posting-Liste bei Indymedia belegt im Übrigen, dass „Antifaschismus“ deutlich das wichtigste Aktionsfeld bildet, direkt gefolgt von „Antirepression“. Die Attraktivität von Indymedia ist nach diversen inneren Zerwürfnissen und Abspaltungen, im Vergleich zu seiner absolut führenden Rolle als linksextremes Internetportal in den Jahren nach der Gründung, deutlich zurück gegangen.
- 33| Mit anderen Suchbegriffen findet man selbstverständlich auch seriöse Angebote für zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus. Der Begriff „Antifa“ signalisiert insofern bereits einen linksextremistischen Hintergrund.
- 34| Erstaunlicherweise ist die Homepage der Zeitschrift derzeit „im Aufbau“. Die insgesamt 42 von ihr in YouTube eingestellten Videos sieht man auf: <http://www.youtube.com/watch?v=Nj8KJLY1J80>.
- 35| Revenge <http://www.youtube.com/watch?v=VJY7AjCDITg&feature=related>, abgerufen 13.02.2011.
- 36| <http://www.youtube.com/watch?v=VJY7AjCDITg&feature=related>.
- 37| <http://www.antifa-versand.de>. Red Stuff unterhält zudem Ladengeschäfte in Berlin und in Göttingen.
- 38| <http://www.antifa.de/cms/content/blogsection/0/32/10/20/>
- 39| Akronym für Association pour la taxation des transactions financières pour l’aide aux citoyens („Vereinigung für eine Besteuerung von Finanztransaktionen zugunsten der Bürger“): Das ursprüngliche Anliegen von ATTAC bestand in der Einführung einer Steuer auf Finanzgeschäfte, die so genannte „Tobin-Tax“.
- 40| Der Wikipedia-Eintrag für Oktober 2010 spricht von 23.000 Mitgliedern; eine seriösere Quelle wurde nicht gefunden.
- 41| Einschätzung des Verfassers nach Kenntnisnahme der auf der ATTAC-Homepage einsehbaren Liste der Beiratsmitglieder.
- 42| taz online vom 26.04.2009.
- 43| Als Plattform für eigene politische Aktivitäten fand sie in der qualitativen Studie erstaunlicherweise kaum Erwähnung. Stichproben ergaben, dass ein beträchtlicher Teil der angeblich 250 örtlichen ATTAC-Gruppen – jedenfalls gemessen an der Aktualität ihres Internet-Auftritts – mehr oder weniger inaktiv bzw. inexistent sein dürften.

4. KULTURALISTISCHE VERMITTLUNG VON LINKSEXTREMISTISCHEN INHALTEN

Das Phänomen extremistischer Musik – in der Rechtsextremismusprävention geläufig durch die rekrutierende Wirkung von Skinhead-Konzerten und den Ausspruch des Bandleaders der rechtsextremen Gruppe *Screwdriver*, Musik sei ein ausgezeichnetes Mittel, junge Leute an den Nationalsozialismus heranzuführen – existiert auch am linken Rand des politischen Spektrums. Es ist allerdings bislang sowohl in den Sozialwissenschaften als auch bei den Sicherheitsbehörden weitgehend ignoriert worden. Gleichwohl ist es keineswegs neu: Die lediglich als „Punkrockband“ firmierende Gruppe *Slim* konzipierte bereits in den 1980er Jahren das Lied „Bullenschweine“ mit folgendem Text: „Wir wollen keine Bullenschweine. Dies ist ein Aufruf zur Revolte, dies ist ein Aufruf zur Gewalt. Bomben bauen, Waffen klauen, den Bullen auf die Fresse hauen. Haut die Bullen platt wie Stullen. Stampft die Polizei zu Brei. Haut den Pigs die Fresse ein, nur ein totes ist ein gutes Schwein.“ Im Dezember 2010 traten die gealterten Musiker in einem Berliner Szeneobjekt auf; der „Event“ ging in einen Straßenkrawall über.¹ Oft gleichen sich nicht nur die Hasstexte gegen die Polizei von rechts und von links; es ist bisweilen nicht einmal klar, ob es sich um rechten oder linken Extremismus handelt.²

Gegenüber solchen Hassgesängen wirken die traditionellen linksextremen „Liedermacher“ nicht nur relativ altmodisch, sondern sind – wie Hannes Wader und Konstantin Wecker (beide erweislich ehemalige DKP-Mitglieder) – inzwischen auch gern gesehener Bestandteil des Kulturprogramms von zivilgesellschaftlichen Bündnissen „gegen Rechts“.

Es wird unabdingbar sein, trotz der dünnen Forschungslage die Dimension „linksextremistische Musik“ in die Präventionsarbeit zumindest für Multiplikatoren aufzunehmen.

„Linke“ Inhalte im weitesten Sinne werden – da bisweilen Bestandteil des gesellschaftlichen Mainstream – von organisierten Extremisten auch ganz bewusst dort an Interessierte vermittelt, wo nicht mit einem Rekrutierungserfolg für die eigene Gruppe gerechnet werden kann, sondern vielleicht nur Weltbilder verstärkt werden.

Ein gutes Beispiel dafür ist von jeher die Ikone Ernesto „Che“ Guevara, vergegenständlicht durch das Fotoporträt mit dem leicht vergeistigten Blick, der in die lichte Zukunft des Sozialismus zu schweifen scheint. Der argentinische Berufsrevolutionär vereint eine fast religiös anmutende Form der Verehrung mit ganz modernen Aspekten der Popkultur: „Che ist längst zur Ikone geworden“, schreibt sein Biograph, „sich mit ihm zu zieren, ist ein Gestus der Radikalität, der politisch zu nichts verpflichtet und doch noch immer einen kommerziellen und ideellen Gewinn verspricht.“³ Da Kuba – nunmehr in Allianz mit Venezuela – als letzte wenigstens halbwegs akzeptable Form des Sozialismus gilt – Nordkorea kommt nicht für eine solche Rolle in Betracht – stellt der Che-Mythos ein nutzbares Restkapital für die Befestigung sozialromantisch-linker Weltbilder dar. Seine Vertonung übrigens auch. Auf ihn nimmt nicht nur eine linksextreme westdeutsche Punk-Rockband *Los Comandantes* in ihrem Namen Bezug, das bekannte Lied vom „Comandante Che Guevara“ ist auch zahlreich, und mit durchaus unterschiedlicher Intention im Internet vertreten. Hier findet man von „Hasta siempre“ sowohl die Versionen der „Friedenssängerin“ Joan Baez, als auch ein Video mit direktem Bezug auf den revolutionären Mythos, in dem die aktuelle Interpretin Nathalie Cardone auch mal mit einer AK 47 auf Flaschen ballern darf.⁴ Beide Varianten zeugen mit mehr als 2,5 Millionen Aufrufen vom Fortbestand des Mythos. Andere Interpretationen der Che-Hymne sind mit Bildern aus dem Leben des Revolutionärs unterlegt und offensichtlich, wie schon die Selbstbezeichnungen der Einsteller nahe legen, politisch gemeint. Auch sie erreichen oft sechsstellige Aufrufzahlen.

An solchen Beispielen wird die positive Mythisierung einer historischen Persönlichkeit deutlich, die eher kritisch zu beleuchten wäre. Ähnliche Effekte findet man beispielsweise bei der Heroisierung des kommunistischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Für eine positive Konnotation kommunistischer Systeme und Organisationen genügt hier die entsprechende Herausstellung ihrer „antifaschistischen“ Akteure, beispielsweise im Rahmen einer (vor 1989 zuerst von DKP und VVN-BdA in Bremen organisierten) „antifaschistischen Stadtrundfahrt“. In den neuen Bundesländern sind vor allem nach kommunistischen Widerstandskämpfern benannte Straßen einer Rückumbenennung entgangen. Sie tragen damit unvermeidlich zu einer Perpetuierung linksextremistischer Ikonographie bei, oft auch dort, wo zumindest eine kritische Würdigung des kommunistischen Widerstands gegen das NS-Regime sinnvoll gewesen wäre. Wie schwierig sie sein kann, zeigt ein Beispiel aus dem nordrhein-westfälischen Siegen, wo ein breites linkes Bündnis seit Jahren für die Benennung eines zentralen Platzes nach einem örtlichen Kommunisten und Buchenwald-Opfer mit sehr ambivalenter Vita kämpft.

Es wird im Weiteren darauf ankommen, besonders emblematische und in ihrer Wirkung problematische Fälle verschobener Geschichtsbilder zu identifizieren und Teilnehmer von Präventionsprojekten an eine differenzierte Bewertung heranzuführen.

- 1| Am 16. Dezember 2010: www.berlin.de/polizei/presse-fahndung/archiv/323274/index.html. Aus unerfindlichen Gründen wird der Name der Hass-Band nicht erwähnt; dagegen redet die BZ vom 16.12.2010 Klartext.
- 2| So hat der Verfassungsschutz des Landes Brandenburg einige Bands im Visier, denen er zwar einen linksextremen Hintergrund zuschreibt; dieser ergibt sich aber weniger aus den Inhalten als daraus, dass diese Gruppen in Objekten der linken Szene auftreten können (vgl. www.verfassungsschutz.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c). Im Übrigen ist die doppelte Wertigkeit solcher Musik nicht neu: Honeckers Lieblingslied vom „Kleinen Trompeter“ war ursprünglich eine Hymne der SA.
- 3| Stephan Larem, *Che Guevara*, Frankfurt/Main 2005, S.7.
- 4| <http://www.junhttp://www.youtube.com/watch?v=SSRVtITwFs8gewelt-shop.de/>

DER AUTOR

Dr. Rudolf van Hüllen studierte Politische Wissenschaft, Jura und Neuere Geschichte an der Universität Bonn und promovierte dort zu einem Thema der Parteienforschung. Nach Tätigkeiten in der politischen Bildung war er von 1987 bis 2006 Referent/Referatsleiter beim Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln. Er ist Autor wissenschaftlicher Publikationen in Zeitschriften und Sammelbänden.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Ronny Heine
Landesbeauftragter für Sachsen-Anhalt und
Leiter des Bildungszentrums Schloss Wendgräben
Wendgräbener Chaussee 1
39279 Wendgräben
Telefon: +49(0)-39245-952-350
E-Mail: ronny.heine@kas.de*

*Dr. Melanie Piepenschneider
Leiterin der Politischen Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Urfelder Str. 223
50389 Wesseling
Telefon: +49(0)-2236-707-4212
E-Mail: melanie.piepenschneider@kas.de*